

**Deutscher
Gewerkschaftsbund**

Bundesvorstand

Abteilung
Bildungspolitik und
Bildungsarbeit

Juni 2013

**„Berufliche Ausbildung in Deutschland –
ein Beitrag zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit in Europa?“**

DGB-Position zum Programm MobiPro-EU



Herausgeber:
DGB-Bundesvorstand
Abteilung
Bildungspolitik und
Bildungsarbeit

Verantwortlich:
Elke Hannack

Henriette-Herz-Platz 2
10178 Berlin
Postanschrift:
Postfach 11 03 72
10833 Berlin

Telefon 030 24060-297
Telefax 030 24060-410
E-Mail:
matthias.anbuhl@dgb.de

„Berufliche Ausbildung in Deutschland – ein Beitrag zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit in Europa? DGB-Position zum Programm MobiPro-EU

Die Arbeitslosigkeit von Jugendlichen zwischen 15 und 24 Jahren hat weltweit den bisher höchsten gemessenen Stand erreicht. Das zeigt der Bericht „Global Employment Trends for Youth 2013“ der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO). Demnach stieg die Jugendarbeitslosenrate von 11,9 (2007) auf 12,6 Prozent (2012). Tendenz: weiter steigend. Vor allem in den südeuropäischen Krisenländern liegt die Jugendarbeitslosigkeit mit bis zu 50 Prozent auf einem dramatisch hohen Niveau.

Auch in Deutschland zählten junge Beschäftigte zu den ersten „Opfern“ der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise. Dennoch blieb die Jugendarbeitslosenquote in Deutschland auch im März 2013 mit 7,6 Prozent nach Angaben der Europäischen Statistikbehörde Eurostat im internationalen Vergleich auf einem niedrigen Niveau. Der Durchschnitt innerhalb der Europäischen Union liegt bei 23,5 Prozent.

Einen wesentlichen Faktor für die im internationalen Vergleich geringe Jugendarbeitslosigkeit sehen Expertinnen und Experten in dem System der dualen Berufsausbildung. Es ist attraktiv und breit anerkannt. Die betrieblich geprägte Berufsbildung im dualen System vermittelt qualitativ hochwertige Qualifikationen, schafft hohe Übergangsquoten in den Arbeitsmarkt und verhindert somit Jugendarbeitslosigkeit. Die duale Berufsausbildung integriert viele junge Menschen erfolgreich in die Arbeitswelt wie kaum in einem anderen Land in Europa. Der erfolgreiche Abschluss befähigt zu einer Berufsausübung als qualifizierte Fachkraft in einem von derzeit 333 Ausbildungsberufen.

Wenn sich deshalb andere europäische Staaten für die Übernahme von dualen Elementen in ihr Berufsbildungssystem interessieren, stehen die deutschen Gewerkschaften als Dialogpartner zur Verfügung. Die Einführung dualer Elemente macht jedoch nur Sinn, wenn diese Elemente definierten Qualifikationsanforderungen und Standards genügen. Für ein duales Berufsbildungssystem ist die Mitbestimmung der Sozialpartner unabdingbar. Eine koordinierte plurale Steuerung dualer Berufsbildung stellt sicher, dass die Akteure entsprechend ihrer Kompetenzen und Interessen am Berufsbildungsdialog auf nationaler, regionaler/intermediärer und lokaler Ebene beteiligt sind. Dies betrifft vor allem die Fachleute der Sozialpartner, der beruflichen Schulen sowie der Berufsbildungsforschung.

Mittlerweile gibt es von den Spitzenverbänden der Wirtschaft und der Bundesregierung das Bestreben, auch Jugendliche aus anderen europäischen Ländern für eine duale Berufsausbildung in Deutschland anzuwerben. Allein das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) hat hierzu ein 140-Millionen-Euro-Programm aufgelegt, mit dem gezielt Jugendliche für eine Berufsausbildung in Deutschland angeworben und finanziell gefördert werden sollen.

Bisher war die Anwerbung ausländischer Jugendlicher für eine Berufsausbildung in Deutschland keine Erfolgsgeschichte: Projekte im Emsland (Anwerbung spanischer Jugendlicher) und in Brandenburg (Anwerbung polnischer Jugendlicher) müssen als gescheitert betrachtet werden. Die überwiegende Zahl der Jugendlichen hat die Ausbildung entweder nicht angetreten oder abgebrochen. So erreichten in Brandenburg lediglich fünf von 22 polnischen Jugendlichen das zweite Ausbildungsjahr. Im Emsland wurden nur sechs von 14 spanischen Bewerberinnen und Bewerbern in Ausbildung vermittelt. Ursprünglich sollten 35 spanische Jugendliche für eine Ausbildung gewonnen werden. Eine solche Politik, die nicht die nötigen Rahmenbedingungen schafft, schadet den Jugendlichen und den beteiligten Betrieben.

- I. Der DGB begrüßt innereuropäische Mobilität. Diese muss für alle gelten. Wenn Jugendliche aus der Europäischen Union von sich aus eine duale Ausbildung beginnen wollen und sie einen Ausbildungsbetrieb finden, brauchen sie gute Rahmenbedingungen, um eine Ausbildung erfolgreich abschließen zu können. Deshalb begrüßen wir

grundsätzlich, dass im Sonderprogramm MobiPro-EU für die Jugendlichen zahlreiche Förderinstrumente wie Sprachkurse etc. geleistet werden. Um eine gute Ausbildung abzusichern, müssen zudem folgende Kriterien berücksichtigt werden:

- Notwendig ist eine unterstützende Willkommenskultur insbesondere mit Informationen über kulturelle Besonderheiten der deutschen Arbeitswelt.
- Die Jugendlichen brauchen eine angemessene Unterkunft am Ausbildungsort.
- Die Anerkennung bereits im Herkunftsland erworbener Kompetenzen und ggf. eine Verkürzung der Ausbildungsdauer ist zu regeln.
- Die jungen Menschen und alle Beteiligten müssen darüber informiert werden, welche Sprachniveaus erforderlich sind, um Berufsausbildung, Berufsschule und Abschlussprüfung erfolgreich zu absolvieren. Experten gehen von den europäischen Sprachniveaus C1 aus. Die geförderten Sprachkurse müssen sich mindestens an der Stundenzahl der Integrationskurse orientieren.
- Information über Rechte und Pflichten der Auszubildenden müssen den Jugendlichen vermittelt werden. Junge Menschen aus Europa dürfen nicht als Auszubildende „zweiter Klasse“ behandelt werden.
- Die Jugendlichen dürfen an den Berufsschulen nicht in Sonderklassen abgeschoben werden. Gemischte Klassen helfen bei der Integration der Jugendlichen aus dem Ausland.
- Die zuständigen Stellen müssen ein besonderes Augenmerk auf die Ausbildungsfähigkeit und „Ausbildungsreife“ der Ausbildungsbetriebe richten. Gerade in den Branchen der sogenannten „Mangel- bzw. Engpassberufe“ wird die Ausbildungsqualität von den Auszubildenden als mangelhaft bewertet (siehe Ausbildungsreport der DGB-Jugend). Darüber hinaus sind die Zahlen der Vertragslösungen und die Misserfolgsquote bei Prüfungen in diesen Bereichen besonders hoch.
- Es ist darauf zu achten, dass in den Betrieben mindestens die tariflichen Ausbildungsvergütungen gezahlt werden. Es muss gewährleistet werden, dass es nicht zu einer Alimentierung durch den Staat kommt und die Betriebe die Ausbildungsvergütungen nach unten drücken.
- Es muss sichergestellt werden, dass die jeweilige Ausbildungsstelle auch wirklich rechtzeitig der BA gemeldet wurde, damit auch den Jugendlichen in Deutschland die Möglichkeit gegeben wird, sich auf diese Ausbildung zu bewerben. Obwohl das in den Richtlinien steht, wird das von der ZAV anscheinend nicht vorausgesetzt.
- In den Berufsbildungsausschüssen der zuständigen Stellen, den Landesauschüssen für Berufsbildung und im BIBB-Hauptausschuss soll regelmäßig über die aktuelle Situation der Auszubildenden aus diesem Sonderprogramm berichtet werden.

II. Der DGB sieht es allerdings kritisch, wenn die Bundesregierung und Spitzenverbände der Wirtschaft in Europa aktiv und mit Millionenbeträgen Jugendliche für eine Berufsausbildung in Europa anwerben. Häufig sind dies gerade qualifizierte Jugendliche, die in ihren Staaten dringend benötigt werden. Nimmt ein Auszubildender alle im Programm vorgesehenen Fördermöglichkeiten in Anspruch, wird ein Ausbildungsplatz innerhalb von drei Jahren mit bis zu 30.000 Euro subventioniert. Im Kern könnten mit dem Programm maximal 3.000 neue Ausbildungsplätze in Deutschland gefördert werden. Das ESF-Programm „MobiPro-EU“ ist somit ein Programm, das die deutsche Wirtschaft bei der Anwerbung von Auszubildenden subventioniert – und kein Programm zur Bekämpfung der europäischen Jugendarbeitslosigkeit. Wenn in Deutschland einige Branchen Probleme in der Einstellung von Auszubildenden haben, dann sollte in erster Linie die Qualität der Ausbildung und die anschließenden Beschäftigungsbedingungen überprüft und verbessert werden. Es kann nicht sein, dass der Steuerzahler die Versäumnisse dieser Branchen durch üppig ausgestattete Programme finanziert.

III. Jugendliche aus der EU in Deutschland auszubilden kann nicht das Mittel sein, den vermeintlichen Fachkräftemangel in Deutschland zu beheben. Es darf nicht vergessen werden, dass in Deutschland rund 270.000 Jugendliche sich noch in den Maßnahmen des Übergangsbereichs befinden. Statt Warteschleifen brauchen auch diese jungen Menschen eine qualifizierte Ausbildung und damit eine Perspektive für die Zukunft. 1,5 Millionen junge Menschen zwischen 20 und 29 Jahren haben keinen berufsqualifizierenden Abschluss, das sind 15 Prozent der Altersgruppe. Diese jungen Menschen brauchen Möglichkeiten sich nachzuqualifizieren und Perspektiven. Der DGB erwartet von den Unternehmen in Deutschland, dass sie ihr Einstellungsverhalten ändern und gerade diesen Jugendlichen eine Chance auf eine betriebliche Ausbildung geben. Es sollen deshalb nicht in Deutschland lebende Jugendliche (mit und ohne Migrationshintergrund) gegen südeuropäische Jugendliche ausgespielt werden. Wir brauchen ein europäisches Gesamtkonzept, dass vor allem den jungen Menschen in den Heimatländern hilft. Durch Ausbildung und Qualifikation sollen Perspektiven entwickelt und die Krisen überwunden werden. Die durch den Bund geförderten Sozialarbeiterstellen an den Schulen im Rahmen des Teilhabepakets laufen in nächster Zeit aus. Vor Ort erfährt man, dass die Schulsozialarbeit angenommen und weitergeführt werden sollte. Initiativen vor Ort und Kommunalpolitiker wissen allerdings nicht, wie dieses angesichts der dramatischen Haushaltssituationen der Kommunen finanziert werden soll.

Zudem müssen die Hilfen, für die Jugendlichen aus der EU, auch für Jugendliche mit schlechten Startbedingungen in Deutschland zur Verfügung stehen. Hierzu gehören insbesondere die Bereitstellung einer sozial- und berufspädagogischen Ausbildungsbegleitung oder assistierten Ausbildung.